

Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit der Republik Indonesien

Mit seinen 270 Millionen Einwohnern zählt die Republik Indonesien bereits heute zu den 20 grössten Volkswirtschaften der Welt.

Dieses junge und florierende Land gewann in den letzten Jahren auch für die EFTA-Staaten, die sich aus den Ländern Island, Norwegen, Liechtenstein und der Schweiz zusammensetzen, zunehmend an Wichtigkeit.

So exportierten die EFTA-Staaten 2017 Güter im Wert von knapp 600 Millionen US-Dollar, während die Importe aus Indonesien ein Handelsvolumen von 1,7 Milliarden Dollar erreichten.

Unter die Hauptexportgüter fallen seitens der EFTA-Staaten Maschinen und mechanische Geräte, pharmazeutische Produkte und mineralische Brennstoffe.

Die Republik Indonesien exportierte hingegen mehrheitlich Gold, Schuhe sowie Elektronik.

Um diese wichtige ökonomische- und politische Kooperation weiter zu vertiefen, wurde Ende 2018 ein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen ausgehandelt.

Nach erfolgreicher Annahme im Parlament kamen genug Unterschriften für ein Referendum zusammen, weshalb das Schweizer Volk am 7. März 2021 über diese Vorlage entscheidet.

Ausgangslage

Die Wichtigkeit der Handelsbeziehungen zwischen den EFTA-Staaten und der Republik Indonesien ist unbestritten. Allerdings erschweren administrative Hürden sowie hohe Zollgebühren den weiteren Ausbau dieser Kooperation.

Neben technischen Hürden in der Nahrungsmittelsicherheitskontrolle bestehen zusätzliche Rechtsunsicherheiten, die sich insbesondere in den Bereichen

des Urheberrechtsschutzes und der Herkunftsangabe bemerkbar machen.

Die hohen Zollgebühren führen zudem dazu, dass Staaten, die bereits ein Freihandelsabkommen mit Indonesien unterzeichnet haben, kompetitiver auf dem Markt auftreten können, da diese bereits vom Wegfall der Zölle profitieren.

Was wird geändert?

Es wird ein Freihandelsabkommen mit der Republik Indonesien angestrebt, womit Handelszölle auf rund 98% der Schweizer Ausfuhren in die Republik Indonesien wegfallen würden.

Ebenso sollen administrative Prozesse vereinfacht werden, was die Kosten durch eine verbesserte Behördenzusammenarbeit sinken lässt. Ein Beispiel dafür sind vereinheitlichte Regelungen im Bereich der Nahrungsmittelproduktion, womit die Ein- und Ausfuhr erleichtert werden.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil des Abkommens ist die neugewonnene Rechtssicherheit. Für den Innovationsstandort Schweiz ist gerade die Frage des geistigen Eigentums entscheidend. So ist der Schutz von Urheberrechten, Marken, geografischen Angaben, Herkunftsangaben, Designs sowie Patenten vorgesehen.

Neben den Handels- und Zollbedingungen ist ebenfalls eine verbesserte Kooperation in der wirtschaftlichen Entwicklung Indonesiens vorgesehen.

So will man auf Nachhaltigkeit setzen und die Armutsbekämpfung weiter vortreiben.

Auswirkungen

Nach Ablauf der Zollfristen werden Schweizer Unternehmen rund 25 Millionen Franken jährlich an Zöllen einsparen.

Zusammenfassung

Ziel der Vorlage

Das Volk entscheidet in dieser Vorlage über den Abschluss eines Wirtschaftspartnerschaftsabkommens mit der Republik Indonesien, das die ökonomische und politische Kooperation weiter vertiefen möchte.

Wichtigste Änderungen

Neben dem Wegfall von Zöllen auf rund 98% der Schweizer Exporte nach Indonesien soll der Rechtsschutz verbessert werden und die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung gefördert werden.

Dazu ist der Schutz von Urheberrechten, Marken, geografischen Angaben, Herkunftsangaben, Designs sowie Patenten vorgesehen.

Zudem hat man sich die Armutsbekämpfung sowie die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zum Ziel gesetzt.

Argumente der Befürworter

Durch den Wegfall der Mehrheit der Zölle können Schweizer Unternehmen rund 25 Millionen Franken an Zollgebühren einsparen. Dies macht sie in einer der 20 weltweit grössten Volkswirtschaften konkurrenzfähiger und agiler.

Die Zollsenkung für Palmölimporte gelten zudem nur für eine eingeschränkte Menge und sind an Vorgaben zur Nachhaltigkeit geknüpft. Dazu zählen Ökolabel, zertifizierte Lieferketten, und Strafen für die Einfuhr von falsch deklariertem Palmöl.

Argumente der Gegner

Durch dieses Abkommen wird die Rodung des Regenwaldes zu Gunsten von Palmölplantagen nur noch verstärkt, was verheerende Folgen für seltene Tier- und Pflanzenarten hat.

Der Einsatz von Pestiziden und Düngern verursacht zudem eine gravierende Verschmutzung des Trinkwassers.

Die Palmölproduktion kommt nur Grossunternehmen zugute und stellt eine Gefahr für die nachhaltige, regionale Produktion von Raps- und Sonnenblumenöl in der Schweiz dar.

Zusätzlich schafft das Abkommen neue Exportmöglichkeiten für Schweizer Unternehmen, da diese durch den Wegfall der Zölle kompetitiver werden.

Als Beispiel dient eine Berner Maschinenfirma, die ein ähnliches Produkt wie seine australische Konkurrenz anbietet.

Ohne Wirtschaftsabkommen profitiert die australische Firma, da Australien bereits über ein Freihandelsabkommen mit der Republik Indonesien verfügt.

Das neue Wirtschaftsabkommen würde somit die gleichen Einfuhrbedingungen ermöglichen.

Die neugewonnene Rechtssicherheit ermöglicht zudem eine bessere Planbarkeit und schafft verbesserte Marktchancen für Schweizer Unternehmen im Handel mit der Republik Indonesien. Zusätzlich zur Preisreduktion unserer Produkte auf dem indonesischen Markt wird der Import effizienter, was die Einfuhrdauer verkürzt und die zusätzliche Administration verringert.

Das Abkommen würde sich jedoch negativ auf die Schweizer Raps- und Sonnenblumenölproduktion auswirken, da der Import von preisgünstigem Palmöl vereinfacht würde. Die Schweiz würde damit die indonesische Palmölproduktion, die aufgrund von Regenwaldrodungen, dem Einsatz von Pestiziden und prekären Arbeitsbedingungen in der Kritik steht, weiter unterstützen.

Argumente der Befürworter

Auf 98% der Schweizer Ausfuhren würden die jetzigen Zollgebühren komplett wegfallen, was einer stärkeren Wettbewerbsfähigkeit von Schweizer Konzernen in Indonesien gleichkäme. Schweizer Unternehmen könnten so jährlich rund 25 Millionen Franken an Zöllen einsparen. So würde der Preisnachteil aufgrund von Zöllen gegenüber Ländern wie Australien wegfallen.

Die Europäische Union strebt ebenfalls ein Freihandelsabkommen mit Indonesien an. Ein Nein an der Urne würde daher die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber unseren Nachbarländern stark verringern.

Für den Innovationsstandort Schweiz sei die Garantie des geistigen Eigentums zudem von zentraler Bedeutung. So gewähre das Abkommen einen umfangreichen Patentschutz, Schutz der Herkunft sowie eine bessere Regelung des Urheberrechts.

Das Abkommen setze auch auf Nachhaltigkeit. Diese werde mit verschiedenen Mechanismen gesichert: so müssen Importeure, welche von tieferen Zöllen profitieren wollen, von einem Ökolabel zertifiziert sein. Die Kriterien dafür wurden in Zusammenarbeit mit verschiedenen Institutionen wie dem Bundesamt für Umwelt und dem WWF erarbeitet. Auch dürfe das Palmöl nur in kleinen Behältern transportiert werden, um es nicht mit nicht zertifiziertem Palmöl zu mischen. Sollte ein Importeur das Palmöl fälschlicherweise als zertifiziert deklarieren, drohen ihm Bussen von bis zu dem fünffachen des hinterzogenen Zollbetrags und Haftstrafen von bis zu einem Jahr.

Dabei belief sich der Schweizer Import von indonesischem Palmöl 2019 nur auf 35 Tonnen, oder 0,0001% der Palmölproduktion Indonesiens.

Neben der Verbesserung der sozialen Lebensbedingungen seien die Bekämpfung der Kinderarbeit und das Anstreben von faireren Arbeitsbedingungen ebenfalls wichtige Fokuspunkte.

Argumente der Gegner

Ein kontroverses Thema im Rahmen dieser Abstimmung ist die Frage des Palmölanbaus. Die Gegner kritisieren die Rodung des Regenwaldes, die der Errichtung von Monokulturen dient.

Mit dem dadurch verursachten Verschwinden von zahlreichen Tier- und Pflanzenarten gingen wichtige CO₂-Speicher verloren.

Hinzu kommt, dass der Anbau unter Einsatz von Dünger und giftigen Pestiziden erfolge, was eine weitere Verschmutzung des Trinkwassers zur Folge habe und die Gesundheit der ansässigen Einwohner gefährde.

Einfach erklärt

Freihandelsabkommen

Ein Freihandelsabkommen ist ein Abkommen zwischen zwei oder mehr Nationen zum Abbau von Handelshindernissen für Importe und Exporte zwischen den Staaten. Im Rahmen einer Freihandelspolitik können Waren und Dienstleistungen über internationale Grenzen hinweg gekauft und verkauft werden, ohne dass staatliche Zölle, Quoten, Subventionen oder Verbote ihren Austausch behindern.

Das Konzept des Freihandels ist das Gegenteil von Handelsprotektionismus oder wirtschaftlichem Isolationismus.

Zudem werde das Versprechen der neugewonnen Nachhaltigkeit unter einem kritischen Blickwinkel betrachtet: Es gebe kaum griffige Kontrollmechanismen und Sanktionen könnten nur selten ausgesprochen werden.

Man sollte sich zudem vor Augen halten, dass der Palmölexport keineswegs der Verbesserung der Lebensbedingungen der einfachen Bevölkerung diene.

Ganz im Gegenteil seien die Hauptprofitäre Grosskonzerne, während arme Bauern auf den Plantagen zu Niedriglöhnen arbeiten müssen.

Die Republik Indonesien, als Hotspot im globalen Handel mit natürlichen Ressourcen, durchlaufe eine zunehmende Militarisierung und gravierende Menschenrechtsverletzungen. Landraub und Vertreibung der Landbevölkerung zum Vorteil von Grosskonzernen kämen zunehmend vor.

Laut den Gegnern habe die Frage des geistigen Eigentums ebenfalls eine Schattenseite. So würden fast ausschliesslich Grosskonzerne vom erhöhten Patentschutz profitieren.

Zudem schade dieses Abkommen der lokalen Landwirtschaft. Billiges Palmöl verdränge die nachhaltige Produktion von Raps- und Sonnenblumenöl in der Schweiz, was auf Kosten von einheimischen Arbeitsplätzen und des Umweltschutzes gehe.

Literaturverzeichnis:

- EconomieSuisse (2020). *Freihandel mit Indonesien bringt grosse Chancen für beide Seiten*. Gefunden am 30. Januar 2021 unter <https://www.economiesuisse.ch/de/artikel/freihandel-mit-indonesien-bringt-grosse-chancen-fuer-beide-seiten>
- EFTA.int. (2018). *Comprehensive Economic Partnership Agreement between the Republic of Indonesia and the EFTA States*. Gefunden am 30. Januar 2021 unter <https://www.efta.int/sites/default/files/documents/legal-texts/free-trade-relations/indonesia/fta-indonesia-main-agreement.pdf>
- EFTA.int (2018). *EFTA States and Indonesia sign Comprehensive Economic Partnership Agreement*. Gefunden am 30. Januar 2021 unter <https://www.efta.int/Free-Trade/news/EFTA-States-and-Indonesia-sign-Comprehensive-Economic-Partnership-Agreement-511326>
- Fedlex (2019). *Umfassendes Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien*. Gefunden am 30. Januar 2021 unter <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2019/1851/de>
- Häfliger, M., & Häne, S. (2021). *Wirtschaftsabkommen mit Indonesien: Der Überblick*. Gefunden am 01. Februar 2021 unter <https://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaftsabkommen-mit-indonesien-der-ueberblick-446036072461>
- Investopedia (2020). *Free Trade Agreement (FTA)*. Gefunden am 30. Januar 2021 unter <https://www.investopedia.com/terms/f/free-trade.asp>
- PanEco (2021). *Nein zum Freihandelsabkommen mit Indonesien*. Gefunden am 30. Januar 2021 unter <https://paneco.ch/nein-zum-freihandelsabkommen-mit-indonesien/>
- Parlament.ch (2019). *Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien. Genehmigung*. Gefunden am 30. Januar 2021 unter <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20190036>
- SECO.Admin (2020). *Umfassendes Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (CEPA) EFTA-Indonesien*. Gefunden am 30. Januar 2021 unter https://www.seco.admin.ch/seco/de/home/Aussenwirtschaftspolitik_Wirtschaftliche_Zusammenarbeit/Wirtschaftsbeziehungen/Freihandelsabkommen/partner_fha/partner_weltweit/indonesien.html
- Stop Palmöl (2020). *Referendum Stop Palmöl – Nein zum Freihandelsabkommen mit Indonesien*. Gefunden am 30. Januar 2021 unter <https://stop-palmoel.ch>